

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Inhalt:	Seite	Seite
Eine internationale Sozialistenkonferenz	25	Elßah-Lothringischen Gewerkschaften an den
Gefehgebung und Verwaltung. Der Achtstundentag im		französischen Gewerkschaftsbund. — Die Central-
Eisenbahnbetrieb. — Beschäftigung der Kriegsteil-		kommission für Sport und Körperpflege
nehmer. — Landwirtschaftliches Arbeitsvermittlungsa-		27
mt — Neues Hausangestelltenrecht in Bayern	26	Hygiene, Arbeiterausg. Gewerbehygiene der
Arbeiterbewegung. Die politische Lage Englands.		Keram., Glas- und Phosphorarbeiter
— Aus den deutschen Gewerkschaften. — Anschlag der		30
		Mitteilungen Arbeitersekretär für Dortmund gesucht. —
		Untersuchungsvereinigung
		32

Eine internationale Sozialistenkonferenz.

Es sind aufs neue Bestrebungen im Gange, eine internationale Sozialistenkonferenz zustande zu bringen, die diesmal in Bern tagen soll, nachdem Lausanne sich die Ehre verbeten hat. Im Gegenjah zum Jahre 1917 haben die Regierungen der Entente-länder nunmehr ihren Arbeiterführern die Pässe ausgehändigt, die zur Teilnahme an einer Konferenz außer Landes benötigt werden. Es läßt sich daraus schließen, daß dem Ententeimperialismus die sozialistische Internationale jetzt sehr wenig Kopfschmerzen bereitet, nachdem er den Sieg über die Centralmächte davongetragen hat, während er 1917 die Stockholmer Friedensarbeit mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu stören und zu hindern suchte. Daß er dabei auf wohlwollendes Verständnis bei vielen Sozialisten in den ententeimperialistischen Ländern fand, deutet nur die Enge der Beziehungen zwischen diesen Sozialisten und der imperialistischen Reaktion ihrer Länder an.

Obgleich der Krieg entschieden und der Einfluß der internationalen Sozialdemokratie auf seine Beendigung somit ausgeschaltet ist, wären noch genügend wichtige Aufgaben für eine internationale Sozialistenkonferenz zu lösen. Dazu rechnen wir nicht so sehr die Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien, die sehr leicht eine Form ohne Inhalt sein können. Der Inhalt aber ist entscheidend. Wohl ruhen die Waffen, der Krieg ist entschieden, aber der Frieden steht noch aus. Und hier findet der internationale Sozialismus reichliche Aufgaben, wenn er sie lösen will.

Der Waffenstillstand, der den Frieden vorbe-reiten sollte, ist zu einer Verlängerung des Kriegszustandes geworden. Mit beispielloser Brutalität haben die Franzosen die Ausplünderung Deutschlands in die Wege geleitet, unbekümmert darum, daß eine sozialistische Revolution das alte Regiment abgeschüttelt hat und nun am Werke ist, die Not der breiten Massen zu lindern. Die ententeimperialistische Propaganda hatte jahrelang die Abschüttelung der preussischen Junkerherrschaft als Vorbedingung des gerechten Friedens gefordert; nun das Geschehen ist, werden uns die Gerechtigkeitsbegriffe der Westmächte offenbart. Sie besetzen

deutsches Land, fördern die Bestrebungen der Polen, ebenfalls wichtige deutsche Wirtschaftsgebiete an sich zu reißen; die Franzosen behandeln Elßah-Lothringen als bereits erobertes Land, das ihnen gehört, und schon strecken sie wie einst wieder ihre Hand nach dem Rheinland aus. Sie erheben die unumgänglichsten Forderungen, beispielsweise die sofortige Ablieferung fast unseres ganzen zurzeit brauchbaren Eisenbahnmaterials, ebenso die Ablieferung großer Mengen landwirtschaftlicher Maschinen, deren Fehlen unsere Lebensmittelproduktion für dieses Jahr lahmlegen müßte. Sie bereiten die größten Kriegsentschädigungsansprüche vor, obgleich der demokratische Frieden weder Annexionen, noch Kriegsentschädigung bringen sollte. Unsere Kriegsgefangenen werden zurückgehalten, während wir zur schleunigsten Rücksendung ihrer Kriegsgefangenen gezwungen wurden. Noch mehr: die französische Regierung hat, nachdem sie die deutschen Kriegsgefangenen jahrelang gemartert hat, nunmehr einen noch raffinierteren Plan der Tortur der Kriegsgefangenen ausgeheckt: 200 000 deutsche Kriegsgefangene werden in die nordfranzösischen Kriegsgebiete in die Sklaverei gesandt, entgegen allen Humanitätsbegriffen wird die völlige Verflabung von 200 000 Proletariern durchgeführt, die der französischen Soldateska in die Hände fielen.

Währenddessen erdroffelt England unser Wirtschaftsleben. Zwar ist Waffenstillstand geschlossen, was doch nach alter Übung zu bedeuten hatte, daß die Waffen dort ruhen sollten, wo sie sich zur Zeit der Unterzeichnung befanden. England versteht das anders: es besetzt die Ostsee, die es im Kriege nicht zu erobern vermochte, unter dem Schutze des Waffenstillstandes und verweigert unseren Handelsschiffen jeglichen Zugang zu diesem Meere, die sie während des ganzen Krieges befahren konnten. England hindert die Neutralen, den bisherigen Warenaustausch mit uns zu pflegen und verbietet uns die Erfüllung unserer den Neutralen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Daß es die bisherige völkerrechtswidrige Blockade dabei in vollem Umfange aufrechterhält, versteht sich am Rande. Diese Blockade wurde früher damit motiviert, daß Deutschland einer belagerten Festung gleiche. Die ganze widerliche Heuchelei dieser Argumentation ist heute zur Genüge entlarvt; denn

auf die Aufhebung der Trinkgelder hinzuweisen.

Diese Bestimmung ist sehr wichtig und sollte vom Publikum selbst auf ihre Durchführung kontrolliert werden. Das Eigenartige ist, daß in beiden Preisen von einzelnen Personen Klageslieder über die Preisgabe des alten Systems der Trinkgeldkorruption angestimmt werden. Das Publikum, das dieses System seit jeher nie anders denn als eine ungeheure Belästigung kennen lernte, kann aber dem Berliner Schiedspruch nur freudig zustimmen. Als direkt Beteiligter hat jedoch das Publikum ein großes Interesse an der richtigen Durchführung des Schiedspruchs, und deshalb muß den Besuchern der Berliner Gasthäuser eingeprägt werden, daß Trinkgelder nicht mehr gezahlt werden dürfen, sobald der Schiedspruch für die einzelnen Betriebszweige in Kraft getreten ist.

Andere Organisationen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform

gedenkt ihre Mitglieder und Freunde zu einer Generalversammlung nach Berlin (Rheingold) am 29. und 30. Januar, in der Zeit zwischen dem Abschluß der Wahlen und dem Zusammentritt der Nationalversammlung, einzuladen. Die Tagesordnung wird etwa folgende Gegenstände umfassen:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden.
2. Vortrag des Staatsministers Dr. Freiherrn v. Berlepsch über „Die Zukunft der Gesellschaft für Soziale Reform“.
3. Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses für Arbeitsrecht zur Reform des Koalitionsrechts, erstattet von Dr. Ludwig Heide, Stellvertreter des Generalsekretärs der Gesellschaft.
4. Aussprache über den Vortrag und den Bericht.
5. Neuregelung des Beitragswesens der Gesellschaft.
6. Vorträge von Dr. Hugo Heinemann und Gewerkschaftssekretär Josef Beder über die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags. — Aussprache.
7. Schlußwort des Vorsitzenden.

Die Tagung soll zur neuen Lage, auf die sich die Gesellschaft einzurichten hat, Stellung nehmen und diejenigen schwierigen Arbeitsgebiete tunlichst abschließend behandeln, auf denen die Gesellschaft in den letzten Jahren vornehmlich tätig gewesen ist. Da die Koalitions-gesetzgebung der neuen Regierung noch in denjenigen Anfängen steht, in denen mit dem bloßen Hinwegräumen von Hindernissen eine ernste Voraussetzung späteren Aufbaus geschaffen wird, ist es unermindert wichtig, gerade jetzt die Forderungen erneut geltend zu machen, die für die positive Neugestaltung der Koalitions-gesetze zu erheben sind. Nicht minder aktuell sind die Tarifrechtsfragen. Näheres ist beim Generalsekretariat (Berlin W. 30, Mollendorffstr. 29/30) zu erfragen.

Mitteilungen.

Berichtigung.

Im Leitartikel in Nr. 52 ist als Redner aus Rosenheim Beder angegeben. Wir entnahmen die Namen der Redner dem Regierungsorgan, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Genosse Göppfert, Arbeitersekretär in Rosenheim, bittet uns festzustellen, daß er der Redner war, der der Stimmung der Süddeutschen Ausdruck gab, wonach je mehr in Berlin Unruhen vor-

kommen, desto mehr wächst im Süden die Stimmung im Volke: Los von Berlin!

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Gewerkschaftskartell Hannover-Binden sucht einen Gewerkschaftssekretär. Derselbe muß die sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen völlig beherrschen, Organisationstalent besitzen, rednerisch begabt und gesund sein. Gehalt nach den Sätzen des Vereins Arbeiterpresse mit örtlicher Teuerungszulage. Etwaige Dienstjahre in der Arbeiterbewegung werden angerechnet. Antritt möglichst sofort. Schriftlicher Aufschuß über die Tätigkeit eines Gewerkschaftssekretärs vorbehalten.

Bewerbungen mit kurz gehaltener Angabe des Lebenslaufs sind bis spätestens 25. Januar d. J. mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten an den Vorsitzenden des Kartells Aug. Pabst, Hannover, Nikolajstr. 7.

Arbeitsnachweisleiter für Fürstentwalde gesucht.

Für den Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorgestelle suchen wir einen Leiter, der befähigt ist, diese Einrichtungen weiter auszugestalten.

Wir wünschen mit der Einrichtung eine Rechtsauskunftsstelle, sowie die Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung, Kriegsbeschädigten-, Trinker-, Krüppel- und Tuberkulose-Fürsorge usw. zu verbinden.

Für die Stelle kommen lediglich Herren in Betracht, welche volkswirtschaftliche Vorbildung, eingehende Kenntnis der Gewerbe-, der Steuer-, der Versicherungs- und der Versorgungsgesetze, sowie Organisationsgabe besitzen und den gestellten Aufgaben mit innerer Anteilnahme nachgehen.

Bewerbungen unter Beifügung des Lebenslaufs, beglaubigter Eignungsnachweise und reiflicher Angabe der Bedingungen wird umgehend entgegesehen.

Fürstentwalde, den 26. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Gewerkschaftssekretär für Breslau gesucht.

Das Gewerkschaftskartell Breslau sucht einen Gewerkschaftssekretär zum baldigen Antritt. Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert, die imstande ist, organisatorisch und rednerisch zu wirken. Dienstjahre in der Arbeiterbewegung werden angerechnet. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind bis spätestens 20. Januar 1918 zu richten an den Ausschuß des Gewerkschaftskartells, z. Hd. des Vorsitzenden Philipp, Breslau, Margaretenstraße 17.

Kartellsekretär gesucht.

Zur Führung der Geschäfte des Gewerkschaftskartells Danzig wird zum sofortigen Antritt ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Bewerber, die mindestens 5 Jahre einer modernen Gewerkschaft angehören, organisatorisch und agitatorisch befähigt sind, Kenntnisse im Kassentwesen und der die Arbeiter betreffenden Gesetzgebung besitzen, wollen sich unter Angabe des Berufes, Alters, Familienverhältnisse und der seitherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 31. Januar an Fr. Arcahnski, Danzig, 4. Damm 7 II, melden. Berücksichtigt können nur erste Kräfte werden, da zeitweise auch die Vertretung des Arbeitersekretärs zu übernehmen ist. Gehalt nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse mit üblichen Zulagen.

Deutschland ist zwar immer noch belagert, aber ohne eigene Schuld, denn es hat die Waffen längst niedergelegt und seine Millionenheere in die Heimat entlassen. Alle Welt weiß, daß das sozialistische Deutschland auch gar nicht in der Lage ist, nochmals zur Waffe zu greifen, daß es vielmehr in diesem Augenblick einem unmenschlichen Feinde wehrlos preisgegeben ist. Aber die Blockade gegen hungernde Menschen, gegen Frauen, Kinder, Sieche und Greise, hält England aufrecht. Für den Egoismus des englischen Siegers ist Deutschland heute nichts anderes als ein Konzentrationslager von gleichem Typ, wie es dem „Holzen Albion“ einst als zweckmäßig galt zur Unterdrückung der Burenfrauen. Es ist sicher, wenn in der menschlichen Geschichte der letzten Jahrhunderte irgendwann und irgendwo etwas Unmenschliches geschah, war England dabei. Die Fortsetzung und Verschärfung der Blockade nach abgeschlossener Waffenstillstand ist noch mehr: sie ist bestialisch.

Eine internationale sozialistische Konferenz, die sozialistische Gedanken der Völkerverbrüderung und der Nächstenliebe erörtern und propagieren wollte, fände in dieser Situation somit reiche Arbeit vor. Aber darf man auf die jetzt in Bern zum 27. Januar einberufene Konferenz solche Hoffnungen setzen? Hätten die Sozialisten der Ententeländer auf dem Gebiete, nicht des Sozialismus, sondern nur der Menschlichkeit etwas leisten wollen, sie hätten schon Gelegenheit im Uebermaß dazu gefunden.

Aber dann wären ihnen die Pässe zu dieser Konferenz von ihren imperialistischen Regierungen kaum ausgehändigt worden. Und sie hätten sich das ruhig wieder gefallen lassen, genau so wie 1917 und 1918. Und deshalb sind Hoffnungen auf eine gedeihliche Arbeit dieser Konferenz verfrüht. Einstweilen wird man gut tun, sie als eine Einrichtung anzusehen, die u. a. auch ententistisch-imperialistische Interessen zum Vorschein bringen wird.

Die deutsche Sozialdemokratie wird auf dieser Konferenz vertreten sein, wie sie stets bereit war, die Hand zum Frieden zu bieten. An ihrer Delegation werden auch Vertreter der Generalkommission teilnehmen. Man hat von französischer Seite auch eine „syndikale“ Tagung mit dem Berner Kongress verbunden, die unter der Führung von Jouhaux stehen soll. Selbstverständlich handelt es sich dabei nicht um die Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen, sondern um eine Sondertagung, die nicht im Einverständnis mit dem Genossen Dedequest-Amsterdam, der von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern 1917 beauftragt wurde, die nächste Konferenz zu berufen, einberufen ist.

Unsere Stellung dazu ergibt sich von selbst. Beschlüsse, die für die internationale Gewerkschaftsbewegung Bedeutung haben sollen, können nur von den Konferenzen des Internationalen Gewerkschaftsbundes gefaßt werden. Eine solche ist die Berner Syndikatskonferenz nicht.

Stehen wir also dem ganzen Berner Unternehmen noch skeptisch gegenüber, so sind wir doch der Auffassung, daß es nicht zwecklos oder gar ungewinnlich ist, die Internationale wieder zu erwecken, sobald sich dazu Gelegenheit bietet. Das soll in Bern geschehen. Es kommt nur darauf an, ob der Geist des internationalen Sozialismus oder der imperialistische Geist des Krieges dort die Oberhand haben wird. Nur dann wird gute Arbeit geleistet werden können, wenn alle den Völkern Frieden der Verständigung wollen.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Der Achtstundentag im Eisenbahnbetrieb.

Der Arbeitsminister hat bestimmt, daß die Arbeitszeit der im stationären und im Bahnbewachungsdienst tätigen Beamten und Arbeiter im Monatsdurchschnitt wie beim Zugpersonal höchstens $26 \times 8 = 208$ Stunden betragen darf. Als reine Arbeitszeit gilt die Dauer der planmäßigen Dienstschichten abzüglich der im einzelnen länger als 15 Minuten währenden Dienstpausen.

Beschäftigung der Kriegsteilnehmer.

Eine Verordnung des Staatssekretärs des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung vom 4. Januar 1919 verpflichtet den Unternehmer eines gewerblichen Betriebes mit mindestens 20 Arbeitern, diejenigen Kriegsteilnehmer einzustellen, die bei Ausbruch des Krieges in seinem Betrieb als gewerbliche Arbeiter in ungekündigter Stellung beschäftigt waren und sich binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung oder binnen zwei Wochen nach ihrer ordnungs- oder behelfsmäßigen Entlassung vom Heeresdienste zur Wiederaufnahme bei ihm melden. Die Einstellungsfrist erstreckt sich auch auf solche Kriegsteilnehmer, die zurzeit des Kriegsausbruches ihrer Dienstpflicht beim Heere oder der Marine genügt, sowie auf solche, die bei Kriegsausbruch noch volksschulpflichtig waren oder erst später in den Betrieb des Unternehmers eingetreten sind. Die Verordnung gilt für gewerbliche Betriebe im Sinne des Titels VII der Gewerbeordnung, für die Werkstättenbetriebe der Eisenbahnen, Straßen- und Kleinbahnen, sowie auf Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe, die als Gewerbebetrieb anzusehen wären, wenn sie zwecks Gewinnerzielung geführt würden, endlich für landwirtschaftliche Nebenbetriebe gewerblicher Art. Bei Betriebschwierigkeiten kann der Unternehmer die Arbeiterzahl entsprechend einschränken, wobei eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden als untere Grenze für die Arbeitsleistung eines Arbeiters anzusehen ist. Bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeiter sind neben Betriebsverhältnissen und der Ersehbarkeit der Arbeiter deren Lebens- und Dienstalter, sowie Familienstand zu berücksichtigen. Für die Entlassung kommen in Betracht die nicht auf Erwerb angewiesenen Arbeiter, die in anderen Verufen Arbeit finden können und die während des Krieges von einem anderen Orte zugezogenen Arbeiter. Jugendliche, im Lehrverhältnis stehende Arbeiter, sind zunächst auf ihren Arbeitsplätzen zu belassen. Bei der Entlassung soll eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Wochen innegehalten werden. Die Löhne sind, soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zu regeln. Der in dieser Verordnung vorgesehene Schlichtungsausschuß soll auch über Streitigkeiten entscheiden, die die Einstellung der Kriegsteilnehmer betreffen. Die Demobilisationskommission kann den Schlichtungsausschuß anrufen, wie eine Partei an den Verhandlungen desselben teilnehmen. Er kann, falls sich nicht beide Parteien dem Schiedsspruch unterwerfen, den letzteren für verbindlich erklären. Die Verordnung ist mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft getreten. Sie ist im „Reichsanzeiger“ vom 8. Januar 1919 veröffentlicht.

Landwirtschaftliches Arbeitsvermittlungsamts.

Um der Landwirtschaft Arbeitskräfte, besonders aus dem mit Arbeitslosen überfüllten Groß-Berlin zuzuführen, hat das Landwirtschafts-

ministerium ein Arbeitsvermittlungsbüro in Berlin eingerichtet, das im Zusammenhang mit Behörden, landwirtschaftlichen Körperschaften und Gewerkschaften bemüht ist, Arbeitsmöglichkeiten festzustellen, zeitgemäße Arbeitsbedingungen zu schaffen und die Arbeitnehmer an die ihnen zuzugewandten Arbeitsstellen zu leiten.

Neues Hausangestelltenrecht in Bayern.

Durch den Rat der Volksbeauftragten wurde unterm 12. Dezember (R.-G.-Bl. Seite 1803) die Arbeitergesetzgebung der Gefindeordnung verfügt.

In Bayern bestand eine Gefindeordnung nicht, doch enthält das Bayer. Polizei-Strafgesetzbuch vom 26. September 1871 in seinen Artikeln 106—110 gesetzmäßige Strafbestimmungen. Ferner sind zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 9. Juni 1899 über den Gefindevertrag in den Artikeln 15—31 besondere Ausführungsbestimmungen erlassen. Auf Antrag des Hausangestelltenverbandes, Ortsgruppe München, wurde vom Staatskommissar für Demobilisierung unterm 13. Dezember 1918 das Polizei-Strafgesetzbuch mit seinen Artikeln 106—110 außer Kraft gesetzt. Damit fallen alle Vorschriften über die Pflicht zur Ausfertigung, Führung, Vorlage und Aufbewahrung von Dienstbüchern für Gefinde außer Wirksamkeit. Die Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch bleiben einer gesetzlichen Regelung vorbehalten.

Ferner wurde verfügt, daß die Berufsvereine der Hausangestellten und die Vereine der Arbeitgeber normale Arbeitsverträge zu vereinbaren haben. Diese Verträge sollen ortsübliche Wirkung besitzen.

Bezüglich der Arbeitszeit besteht die Verordnung, daß die Hausangestellten auf eine ununterbrochene nächtliche Ruhepause von mindestens 9 Stunden täglich Anspruch haben, an einem Werktag jeder Woche haben sie eine Ausgehzeit von mindestens 4 Stunden, ferner muß an jedem zweiten Sonntag und an den gesetzlichen Feiertagen mindestens sechs Stunden Ausgang gewährt werden.

Innerhalb der täglichen Arbeitszeit sind dem Hausangestellten Nebenpausen von insgesamt eineinhalb Stunden, zum Einnehmen der Mahlzeiten eine weitere Ruhepause von 1 Stunde zu gewähren.

Wird der Hausangestellte neben der vollen regelmäßigen Arbeitszeit zu besonderen Leistungen nach 9 Uhr abends herangezogen, so hat er Anspruch auf besondere Vergütung der Ueberarbeit. Nach mindestens einjähriger Dienstzeit hat der Hausangestellte Anspruch auf einen jährlichen Erholungsurlaub von mindestens 8 Tagen ohne Kürzung des Arbeitsentgeltes.

Der Hausangestelltenverband verlangt, daß auch die Ausführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch jetzt schon fallen müssen. Weiter fordert er eine zehnstündige tägliche Arbeitszeit und den Ausgang an jedem zweiten Sonntag von 8 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts.

Arbeiterbewegung.

Die politische Lage Englands.

Bei der Heimkehr nach Deutschland steht man verwundert: Keine Arbeit, kein Brot im Lande und dabei Streik! Eine sozialistische Regierung im Sattel und trotzdem politische Generalstreik.

Und wie sieht es im Auslande aus, vor allen Dingen in England, in Amerika? Die englischen

Wahlen sollten doch sattjam bewiesen haben, welcher Geist dort herrscht. In der allgemeinen Ueberstürzung und Abgespanntheit scheint aber der deutschen Arbeiterklasse das Maß der Ueberlegung und Vergleichung abhanden gekommen zu sein. Wäre dem nicht so, wie könnte man sonst von Weltrevolution sagen? Man öffne doch, und sei es nur für einen kurzen Augenblick, die Augen; Welch ein Unterschied in der Psyche des englischen und deutschen Volkes.

Zur selben Zeit, als der Umwandlungsprozeß in Deutschland sich vollzieht, ordnete die englische Regierung die Wahlen zum Unterhause an. Was war das Programm der Wahlen? Man höre und staune: Erster und bedeutendster Punkt: Alle Deutsche, die in England gelebt haben, sind auszuweisen, ganz gleichgültig, ob sie zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahre im Lande ansässig waren, ob sie Arbeiter oder Geschäftsleute waren, ob sie verheiratet waren und Söhne haben, die gezwungen sind, in der englischen Armee zu dienen. Punkt 2: Die Deutschen müssen für die Gesamtkosten des Krieges verantwortlich gemacht werden. 3. Kampf gegen den Bolschewismus. Der dritte Punkt wurde erst in aller letzter Stunde, man kann sagen gerade vor Trossschluß, vom Premierminister aufgestellt. Und siehe da, der gewollte Effekt blieb nicht aus. Schon während der Dauer des Krieges hatte man es verstanden, das englische Volk vollständig zu umgarnen. Jeder freiheitliche Gedanke wurde als deutsch denunziert. Alles war von langer Hand vorbeieitet worden. Alle Kräfte der Spitzelwirtschaft des dritten Napoleon wurden erneuert, der ganze Schmutz der Puttkamer-Bismarck-Wirtschaft wurde nachgeahmt. Preßoffiziösentum und parlamentarische Korruption haben einen ungeahnten Höhegrad erreicht. Was tat nun das englische Volk, als es im Dezember berufen wurde, ein Urteil zu fällen, nicht nur über die Vergangenheit, nein, zu bestimmen über die Geschehnisse seiner nächsten Zukunft? Obgleich die gesamte alte Welt aus den Fugen gegangen ist, hat das augenscheinlich keinen Einfluß in England gehabt, oder aber wenn doch, so hat man aus Furcht vor dem Fortschritt, der zuletzt in Deutschland seine Laufbahn begonnen hatte, sich der schwärzesten Reaktion in die Arme geworfen. Jawohl, das englische Volk hat gründliche Arbeit in seiner Art vollbracht; es hat alle diejenigen aus dem parlamentarischen Leben, wenigstens vorläufig, beseitigt, die, wenn auch in zaghaftester Weise, die Idee eines Völkerbundes vertreten haben. Was ist dem ehrlichen wie tüchtigen Gewerkschafts- und Arbeiterführer Arthur Henderson widerfahren? Befragt wurde er durch eine Kombination von Reaktionsären, Syndikalisten und „wahren“ Margisten. So auch ging es dem treuen wie mutvollen Ramsay MacDonald. Gewiß, Thomas, der Generalsekretär der Eisenbahner, ist mit überwältigender Majorität gewählt worden, so daß die Arbeiterpartei nicht ohne tatkräftigen Führer bleibt. In welchem geistigen Zustande sich aber die breite Masse des englischen Volkes befindet, beweist, daß auch der Walfisier Stanton (Bergarbeiter), der syndikalistische Phrasenheld und Generalstreikphantast ist, gewählt wurde. Dieser wie viele der gewählten Führer der Arbeiter betreiben ihren Wahlkampf mit obigen drei Punkten. Nun stehe ich zwar nicht auf dem Standpunkt, daß die internationale Weltlage durch diese Wahl tief beeinflusst worden ist. Der Schwindel ist zu offensichtlich betrieben worden. Ein Bild aber wird uns hier entworfen von der tiefen Zerrüttung des englischen Volkstums, wie es durch die Bürde des

Dem Vorstande des Tabakarbeiterverbandes war es, wie das Blatt mitteilt, gelungen, das Verbandsvermögen in Sicherheit zu bringen.

Auch in Hamburg ist ein spartakistisch-unabhängiger Putz gegen die Gewerkschaften versucht worden, über die „Der Zimmerer“ u. a. berichtet:

„Als wir Donnerstag, den 9. Januar, zum Verbandsbureau gingen, fand vor dem Gewerkschaftshause eine Versammlung statt, die von Personen veranstaltet war, die uns nicht bekannt sind. Der Redner, ein Russe, forderte zur Abjektung der Gewerkschaftsführer auf. Die Versammelten begaben sich in einem Zuge zum Arbeiterrat im Rathaus. Hier forderte der Russe die sofortige Schließung der Gewerkschaftsbureaus. Der Vorsitzende des Arbeiterrats, Dr. Laufenberg, gab die Erklärung ab, daß er gewillt sei, der Forderung zu entsprechen. Im Gewerkschaftshause wieder angekommen, hielt Dr. Herz, ein Mitglied des Arbeiterrats, eine Rede gegen die Gewerkschaften. Nun erschienen auch in unserem Verbandsbureau Personen und forderten, selbiges zu räumen und die Schlüssel abzugeben. Natürlich wurde der Forderung nicht entsprochen. Die eingedrungenen Personen entfernten sich. Als wir abends das Gewerkschaftshaus verließen, war es militärisch besetzt.“

Der Putz in Hamburg ist jedoch nicht gelungen, weil die Hamburger Arbeitermassen am 11. Januar in einer Riesendemonstration die Abjektung des Herrn Dr. Laufenberg, eines früheren Zentrumsliteraten, der nun der Radikalen mimt, und die Neuwahl des Arbeiterrats forderten. Die Vorgänge in Hamburg und Bremen haben jedoch gezeigt, daß die spartakistischen Unabhängigen auch die Einrichtungen und das Eigentum der organisierten Arbeiter nicht respektieren.

Anschluß der elsass-lothringischen Gewerkschaften an den französischen Gewerkschaftsbund.

Das endgiltige Schicksal Elsass-Lothringens ist noch nicht durch irgendeinen Vertrag bestimmt. Man kann noch hoffen, daß die 14 Punkte Wilsons auch für die reichsländische Bevölkerung zu gelten haben. Doch von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ist, wenn die Elsass-Lothringer in Frage stehen, nirgends die Rede. Die weststaatlichen Regierungen, und mit ihnen die sozialistischen Vertreter, scheinen diese Sache, deren Wichtigkeit sie vier Jahre hindurch unablässig betont haben, für zweifellos geregelt zu halten, noch ehe die Bevölkerung der Reichslande durch Abstimmung ihre Meinung kundgegeben hat. Sie mögen anzunehmen geneigt sein, das Volk sei mit ihren selbstherrlich getroffenen Maßregeln ohne weiteres einverstanden. Ob es wirklich an dem ist, vermag zur Stunde niemand zu sagen. Wie sich die elsass-lothringischen Partei- und Gewerkschafts-genossen zu dem Anschluß an Frankreich stellen, läßt auch der Bericht von der Konferenz nicht klar erkennen, die am 4. und 5. Januar in Straßburg stattfand.

Diese Zusammenkunft hatte den Zweck, das Verhältnis der elsass-lothringischen Gewerkschaften zum französischen Gewerkschaftsbund zu regeln. Von der französischen Gewerkschaftscentrale waren Jouhaux und Merheim erschienen, denen sich dann der ehemalige Abgeordnete von Metz, Weiß, und Albert Thomas zugesellten. Von den Gewerkschaften nahmen Vertreter aus Kolmar, Mül-

hausen, Metz, St. Marie aux Mines (?) und von den Dietrichschen Werken in Niederbronn teil. Als ihr Wortführer waltete der Landtagsabgeordnete J m b s. In seiner Eröffnungsrede erklärte er nach der „Humanité“: Wir werden gemeinsam die praktischsten Wege für den Anschluß an die französische Gewerkschaftsorganisation suchen. Die Sprachschwierigkeit hindert, daß der Zusammenschluß so schnell vor sich geht, als wir alle wünschen. Die Mitglieder der elsass-lothringischen Gewerkschaften können nur deutsche Zeitungen lesen. Allein das ist nur eine vorübergehende Schwierigkeit, die schnell überstiegen werden sollte. Die rationellste Art wäre, die bestehenden Gewerkschaften in Elsass-Lothringen in einem Bezirksverband zu vereinigen, der sich dann als Ganzes dem französischen Gewerkschaftsbund anzuschließen hätte.“ J m b s macht im Namen seiner Kollegen den Vorschlag bekannt, die bestehenden 48 Gewerkschaftsgruppen ihren Berufen nach in 14 Industrieverbänden zu vereinigen, wogegen sich die Vertreter des französischen Gewerkschaftsbundes wendeten. Dieser Plan widerspreche den Grundsätzen der französischen Gewerkschaftsbewegung, welche die Gruppen nach Beruf oder Industrie in Verbänden und nicht in Bezirksorganisationen vereinige. Die elsass-lothringischen Vertreter meinten jedoch, ihr Plan habe als Uebergang zu gelten, und daß er für die bessere Regelung der Unterstützungsleistungen getroffen sei. Nach einer weitläufigen Auseinandersetzung, die den Unterschieden der deutschen und französischen Centralisierung der Beitragselder und Unterstützungen galt, wurde folgender, von J m b s gemachte Vorschlag einstimmig angenommen: Es werden drei Bezirksverbände mit ihrem Sitz in Metz, Straßburg und Mülhausen geschaffen, die alle die Gewerkschaftsgruppen ihres Bereiches umfassen. Diese drei Verbände bilden den Regionalverband Elsass-Lothringen, der sich als solcher dem französischen Gewerkschaftsbund anschließt.

Bei der Erörterung dieses Antrages befaßte sich der Straßburger Vertreter L. M e h e r sehr über die deutsche Centralisation, die den elsass-lothringischen Gewerkschaften von ihren 29 Beamten 24 aufzuzwingen hätte; auch ließe sie den Ortsgruppen nicht genügend Selbständigkeit, eine Meinung, die der Mülhauser Wich gleichfalls vertrat. Als Besonderheit verdient bemerkt zu werden, daß dem obigen Antrag auch der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Amman, zustimmte. In der Begründung seiner Stellungnahme führte er aus: „Meine Mandatgeber wünschen, sich dem französischen Gewerkschaftsbund anzuschließen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß für den gewerkschaftlichen Erfolg die Einheit der Organisationen unerlässlich ist. Die christlichen Gewerkschaften besitzen wohlbesetzte Kassen und viele organisierte Kräfte. Die wirtschaftlichen Kämpfe stehen jetzt im Vordertreffen und die Arbeiterklasse gibt sich nicht mehr mit dem Zustand der Verarmtheit zufrieden. Die Löhne stehen weit unter den Unterhaltungskosten. Wie die anderen, so wollen auch die christlichen Gewerkschaften an der nötig werdenden Bewegung teilnehmen.“

Nachdem die Verbeibaltung der bisherigen Höhe der Beiträge angenommen, wurde beschlossen, ein Gewerkschaftsblatt in deutscher Sprache mit französischen Aufsätzen herauszugeben, dem später allmählich eine französische Beilage angefügt werden könne. Bezüglich des sofortigen Anschlusses an die Pariser Centrale bemerkte ein lothringischer Vertreter, es könnten dadurch gewisse Schwierigkeiten beseitigt werden. Die deutsche Organisation, der

Krieges erzeugt wurde. Denn auch das englische Wirtschaftssystem war bis zum Zerspringen gespannt. Aber seine Spannkraft war widerstandsfähiger, und darin liegt das gesamte Kriegsgeheimnis. Sehr drastisch wurde das im Winter von dem Premierminister Palmerston fortwährend in Briefen an die französischen Staatsmänner in kurzen Worten dargelegt: „Alles kommt darauf an, wer (von beiden kämpfenden Parteien) einige zehn Minuten länger aushalten kann; ich bin überzeugt, daß wir das können.“ In diesem Satz liegt der ganze Unterschied der wirtschaftlichen Verhältnisse begründet, und hieraus erklärt sich auch, warum die Weltrevolution vorderhand ein Unding ist. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands ist der Rettungsanker der Entente. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands genügt, um die Revolution in England zu verhindern.

Das Gesamtbild der englischen Wahlen gibt uns, von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, einen so peinlichen Anblick. Wir sind verpflichtet, erbarungslos aufmerksam zu machen auf die Hindernisse, die vorläufig den Weg der Befreiung versperren. Lloyd George hat mit seinen Wahlen ein Parlament erhalten, wie er es gerade im Augenblick gebraucht. Alle den Gewerkschaften während der Dauer des Krieges gemachten Versprechungen erloschen durch die plötzliche Auflösung des Parlaments. Und was haben die englischen Gewerkschaften nicht alles preisgeben müssen? Es gibt heute keine auf bestimmte Berufskategorien angepaßte produktionsbeschränkende Bestimmungen. Eine Reihe von Dekretten und Verordnungen haben die ganzen auf diesem Gebiete in den letzten fünfzig Jahren erlangenen Gewerkschaftsbedingungen beseitigt. Natürlich „nur“ für die „Dauer des Krieges“. Das neue Parlament aber hat gegenüber dem heimgeschickten keinerlei Verpflichtungen, und gerade dies ist für das englische Unternehmertum von so ungeheurer Wichtigkeit. Bedenkt man ferner, daß gerade in England eine planmäßige, nach Industrien vor sich gehende Demobilisierung stattfindet, zunächst aber auch nur diejenigen Soldaten entläßt, die unbedingt in der Industrie benötigt werden, so erkennt man, welche eine weitere Entlastung dem englischen Kapitalismus geboten wird. Trotzdem und alledem dauert die Blockade gegen Deutschland fort. Gegen daselbe Volk, das sich von seinen Bedrückern befreite, die Demokratie auf nationaler wie internationaler Basis proklamierte, wird weiter der Ausbürgerungspolitik preisgegeben, und warum? Damit der Kapitalismus der Ententemächte sich auf Kosten des gesamten deutschen Volkes zuerst erholen kann. Zu: Verleihung eines würdigen Abschlusses wurde eben das Volk in dem Wahlkampf hineingetrieben mit der Parole: The Germans have got to pay. (Die Deutschen müssen die Kriegskosten zahlen!)
B. Weingarz.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die „Gewerkschaft“ der Gemeindearbeiter beleuchtet die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarke mit folgenden trefflichen Sätzen:

Es ist nicht das gleiche, ob ein Däse die buntblumige Wiese am Bache ansieht oder ob sie der Mensch betrachtet, und selbst unter Menschen sieht der eine etwas anderes als der zweite. Der Holzhändler betrachtet den Wald vor sich zunächst als Spekulant; er errechnet den Wert und sieht die einzelnen Bäume schon verbunden auf dem Wege nach Nord und Süd, während der naturliebende Arbeitsmann

das herbliche Laub bewundert und horchend dem lodenden Vogeltrufe nachgeht.

So ist es auch mit dem Verhältnis, das der einzelne heute zu der neuen staatlichen Gestaltung einnimmt. Da sind auch so manche Spekulanten, die da glauben, die neue Zeit wäre nur für sie da, die die neue Zeit nur benutzen, weil sie ihnen persönlich materiellen Vorteil zu bringen scheint, und die nichts wissen von einem höheren Geiste der Weltverbundung, wie ihn jener naturliebende Arbeitsmann da draußen empfunden hat.

Es sind meist die, die unterem Kampfe bisher ferngeblieben haben, denn wir haben, wie die Naturwelt, so auch die Arbeitsweltentwicklung stets angesehen nicht nur vom berechtigten Standpunkte wirtschaftlicher Selbstbehauptung, sondern auch vom Standpunkte der sittlichen Gemeinschaftspflicht, und wenn wir eintraten für die Interessen unseres Berufes, so geschah es im Sinne des differenzierten Kampfes der einen Gewerkschaftsidee, d. h. des Einzelkampfes jeder Berufsgruppe mit dem Endziele des gemeinsamen Arbeitsglücks.

Das zeigt uns, daß wir all die Kollegen um uns nicht deshalb ohne unser Interesse lassen sollen, weil sie mit dem Herzen in dieser neuen Zeit bereits für uns sind, sondern wir müssen sie in unsere freigewerkschaftliche Organisation hineinführen als in eine Schule disziplinierter Zügelns und sittlichen Gemeinschaftsverständens, um sie so innerlich reif zu machen für das echte, rechte Erleben des tieferen Gehalts unseres organisatorischen Gemeinschaftszieles.

Der „Korrespondent der Gutmacher“ bringt einen Aufruf an die Mitglieder und Berufsangehörigen, in die Agitation für den Verband recht rege einzutreten.

Die 16. Generalversammlung des Lederarbeiterverbandes wird vom Vorstand auf den 15. Juni nach Berlin einberufen. Die Generalversammlung wird u. a. zu den Lohnbewegungen und Tarifverträgen sowie zum nächsten Gewerkschaftstongreß Stellung nehmen.

Das „Schuhmacher-Fachblatt“, das uns und die übrige Gewerkschaftspresse wiederholt wegen unserer Unterstützung der Politik der Sozialdemokratischen Partei im Kriege scharf angegriffen hat, veröffentlicht in ihrer Nr. 3 auf der ersten Seite einen großen Aufruf: „Auf in den Wahlkampf für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei!“ Das ist also die parteipolitische Neutralität, wie das „Schuhmacher-Fachblatt“ sie auffaßt.

Dieselbe Unabhängige Sozialdemokratie, für die das „Schuhmacher-Fachblatt“ eintritt, hat in Bremen mit den Spartakisten gemeinsam das Gewerkschaftshaus besetzt. „Der Tabakarbeiter“ berichtet darüber u. a.:

„Zum Verständnis der hiesigen Verhältnisse sei mitgeteilt, daß der Bremer Arbeiter- und Soldatenrat die Anhänger der Spartakisten oder, wie sie sich hier nennen, der Kommunisten, und der Unabhängigen bewaffnet, die regulären Soldaten jedoch entwaffnet hat. Unter Zuhilfenahme dieser bewaffneten Drang man dann in die einzelnen Ortsbureaus der Gewerkschaften, von denen sich zehn im Hause befanden, darunter auch unser Ortsbureau, ebenso in das Arbeitersekretariat und auch in das Bureau des Zentralverbandes der Böttcher und in unser Verbandsbureau ein. Unter Androhung von Gewaltmaßnahmen mußten die angestellten Beauftragten der Gewerkschaften unter Abgabe der Schlüssel die Bureaus verlassen. Auch andere, nicht im Gewerkschaftshause befindliche Bureaus von Gewerkschaften, sowie das Bureau der Mehrheitssozialisten wurden von den Gewaltmenschen besetzt.“

anderer Autoren stimmen hiermit überein. Dieser Umstand ist vielleicht auf die austrocknende Eigenschaft des Lones zurückzuführen, die zur Verstärkung der Erreger der Tuberkulose beitragen kann.

Die schlimmste Berufskrankheit der Töpfer ist die Bleivergiftung. Am gefährlichsten ist der Bleistaub, welcher sich bei der Herstellung bleihaltiger Glasuren und beim Auftragen trockner Bleiglasuren entwickelt. Beim Gebrauch nasser Bleiglasuren werden trotz aller Vorsicht immer die Hände damit beschmutzt, von denen dann das Gift in den Mund und in die Verdauungsorgane gelangt. Der Bleivergiftung sind von den Töpfern besonders die Glasierer und ihre Helfer, die Mischer von Glasuren und bleihaltigen Farben, die Farbauffläuber und die Brenner ausgesetzt, weiterhin diejenigen, welche die gebrannten Waren aus den Öfen herausnehmen und dabei die bleigeschwängerte Luft einatmen. Die Bleivergiftung äußert sich in Kollik, Lähmung, Krämpfen, Abmagerung, Blutarmut, Erblindung, in Fehlgeburten usw. Sie erhebt die Erwerbsfähigkeit auf lange Zeit auf und schädigt die betroffenen Arbeiter dadurch auch wirtschaftlich schwer. Dr. Schreiber macht Vorschläge zur Besserung der Gesundheitsverhältnisse in den Töpfereien; sie beziehen sich hauptsächlich auf die Verhütung der Entwicklung von Bleistaub und, wo dies nicht möglich ist, auf seine Beseitigung, ferner auf die Vermeidung zu großer Luftfeuchtigkeit, zu hoher Lufttemperatur sowie auf die Bekämpfung der Rauchplage.

In der Porzellanindustrie sind ebenfalls viele Arbeiter, besonders die Glasierer, Brenner, Schleifer und Maler, der Gefahr der Bleivergiftung ausgesetzt. Außerdem ist sehr oft die Einwirkung von Staub Ursache von Berufskrankheiten. Bedeutender Staubentwicklung ausgesetzt sind die Arbeiter, welche das Zerklleinern, Mahlen, Mischen, Sieben und Abwiegen der Rohstoffe besorgen. Die neuesten diesen Verrichtungen dienenden Maschinen sind aber so gebaut, daß sie durch Staubentwicklung und Verleklungen verhütet werden. Durch Einatmen des Staubes entstehen chronische Reizungen der oberen Luftwege, die anfangs zu Katarren und später zu chronischen Entzündungszuständen der Nase mit ihren Nebenhöhlen, des Kehlkopfs und des Lungengewebes führen. Die Dreher, Stanzler, Sieber und Former arbeiten viel mit angefeuchtem Material, wodurch die Staubentwicklung wesentlich gemindert wird. Bei den Drehern und Formern ist die ständig sitzende Lebensweise und die vornübergebeugte Haltung ein Anlaß zu Gesundheitsschädigungen; namentlich die Lungen werden dadurch zusammengepreßt und der Blutkreislauf wird beeinträchtigt. Viel Staub einzuatmen haben auch die Glasurarbeiter und -arbeiterinnen, weil sie die im Vorfeuer geblühten Waren abstauben müssen. Vermindert sind die Gefahren, wo maschinelle Staubsauger verwendet werden. Empfehlenswert ist das Tragen besonderer Arbeitskleider, weil sonst der Staub mit den Kleidern in die Wohnungen der Arbeiter verschleppt wird und unter Umständen die Gesundheit ihrer Angehörigen beeinträchtigt. Die Brennhausarbeiter leiden wegen der Ueberhitzung ihrer Arbeitsräume häufig an Erkältungskrankheiten. Eine Arbeit, die übermäßig anstrengt, ist das Drehen der feuerfesten Kapseln, in welchen die zu brennenden Porzellanwaren in den Öfen eingesetzt werden. Größere Stücke davon wiegen bis zu 9 Kilogramm und der Kapseldreher muß beim Drehen die Oberarme fest an sich drücken, was auf die Dauer gesundheitsschädigend wirkt, indem sich Kurzatmigkeit und chronische Lungenaffek-

tionen einstellen. Das beschwerliche Formen der Kapseln mit der Hand läßt sich durch Anwendung von Kapselformmaschinen ersetzen. Lungenkrankheiten sind bei den Porzellanarbeitern überdurchschnittlich häufig, weshalb die Staubentwicklung in den Betrieben der Porzellanindustrie durch spezielle gezielte Maßnahmen bekämpft werden soll. Dr. Schreiber empfiehlt u. a., es sei dahin zu streben, daß in der Porzellanindustrie die Maschinenteknik den Schweißarbeitern soweit möglich die anstrengende Muskelarbeit abnimmt. Eine weitere Aufgabe der Technik ist mögliche Verhinderung der Staubentwicklung, damit die Atemluft für die Arbeiter rein bleibt. Die Anwendung von Respiratoren ist unangebracht, vielleicht sogar schädlich. Gewicht muß auf gründliche periodische Reinigung der Arbeitsräume gelegt werden. Ebenso ist die Einrichtung von Waschgelegenheiten und Bädern allgemein erforderlich. Lungenkranke sollen sofort in Heilstätten untergebracht und erst wieder beschäftigt werden, wenn nachgewiesen ist, daß sie bazillenfrei sind. Dazu hätten noch verschiedene andere gesundheitliche Vorkehrungen zu kommen.

In der Glasindustrie leiden unter der direkten Einwirkung der Hitze besonders die Glasbläser und ihre Helfer, teilweise auch die Schmelzer. Infolge dieser Einwirkung tritt Blutüberfüllung der Haut ein, wonach sich häufig Ausschläge einstellen. Manchmal erleiden die Arbeiter durch die Hitze Verbrennungen ersten bis zweiten Grades. Der ständige Druck der Glaspeise auf die Hände verursacht Schwielen, zwischen denen oftmals die Haut reißt, wonach schwer heilende Geschwüre entstehen. Bei den Glaschleifern verletzen die im Wasser befindlichen Glasteilchen die Haut, wodurch das Eindringen von Infektionsstoffen ermöglicht wird. Auch bei anderen Arbeiterkategorien sind Erkrankungen der Haut, der Muskeln und Sehnen häufig. Die Hitze in den Glasfabriken ist dem Auftreten von Erkältungskrankheiten günstig; namentlich Rheumatismus kommt vielfach vor. Das Licht der glühenden Glasmasse und der Feuerungsquelle ist sehr reich an ultravioletten Strahlen, die auf die Augen der in Betracht kommenden Arbeiter schädigend wirken. Hier auf ist wahrscheinlich der Glasmacherstar zurückzuführen. Die Starerkrankung hat bei den Glasbläsern den großen Nachteil, daß sie in verhältnismäßig jungem Alter auftritt und viel schneller als gewöhnlich zur Reife kommt. Außerdem sind bei den Glasarbeitern infolge von Rauch- und Staubeinwirkung noch häufig: Augenbindehautkatarakte, Vertrocknung der Bindehaut, Lidrandentzündungen, Entzündungen der Regenbogenhaut; dazu kommen Augenverletzungen durch Glassplinter, Ascheteilchen usw. Durch den starken Druck beim Glasblasen werden Mittelohreiterungen und innere Blutungen hervorgerufen. Ohrenschmerzen mit Schwindelanfällen wird oft beobachtet. Bei der Vorbereitung der Rohmaterialien kommt es zu starker Staubentwicklung; ganz kann diese auch durch Verwendung von Maschinen nicht vermieden werden. Der Staub enthält viel Arsen, doch sind Arsenvergiftungen nur selten beobachtet worden. Schwer geschädigt werden durch den Glasstaub die Atmungsorgane. Akuter Bronchialkatarakt ist sehr häufig. Lungenemphysem soll jedoch nicht so oft auftreten, als ehemals angenommen wurde, da sich die Lunge schon in früher Jugend den geforderten Anstrengungen anpassen kann. Lungenschwindsucht ist unter den Glasarbeitern nicht übermäßig häufig. Wenn diese Krankheit z. B. unter den Schleifern

bislang fast der gesamte Beitrag zugeflossen sei, könnte den Anschluß als Vorwand nehmen, die Zurückzahlung an die Elßaß-Lothringer erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zu leisten, als auch ihnen die Erwerbs- und die anderen Unterstützungen vorenthalten, worauf sie ein Recht hätten. Die Unannehmlichkeit sei um so größer, als die Gewerkschaften Elßaß-Lothringens immer — und unter wieviel Anstrengungen — die ganze Höhe ihrer Beiträge eingezahlt haben, während die Berliner damit noch rückständig sind. Die lebhafteste Aussprache, die diese Erklärung entfachte, wurde von Jouhaux durch die Mitteilung beendet, die elßaß-lothringischen Gewerkschaften dürften vollständig auf die moralische und materielle Unterstützung der französischen Organisation zählen. Nach dieser Versicherung ist dann der sofortige Anschluß beschloffen worden.

Nun wurden innerorganisatorische Fragen erledigt. Zum Schluß bekräftigte der Vorsitzende Jmbö noch einmal die große Freude, womit die elßaß-lothringischen Gewerkschaften in die französische Organisation eintraten.

Die Generalkommission für Sport und Körperpflege.

Die Centralstelle der deutschen Arbeitersportverbände hat mit dem 1. Januar d. J. ihre ordentliche Geschäftsstelle wieder eröffnet. Alle Zuschriften der Arbeitersportartelle sind an den Sekretär der Centralstelle: Hermann Reichardt, Berlin S. 69, Freiligrathstraße 4, zu richten.

Von allen Arbeitersportlern erwartet die Centralstelle die regste Propaganda für die Arbeitersportbewegung, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der alten Sportartelle und die Schaffung von neuen Partellen an allen Orten, an denen mehrere Arbeitersportvereine bestehen, um ein gemeinschaftliches Arbeiten der Vereine zu erzielen. Bei Neuarrangierungen von Sportartellen stellt die Centralstelle Materialien zur Verfügung.

Die Leitungen der Sportartelle sind verpflichtet, dem Sekretär ihre Adressen mitzuteilen.

Hygiene, Arbeiterschutz.

Gewerbehygiene der Keramik-, Glas- und Phosphorarbeiter.

Ein besonders weitgehendes Maß von Arbeiterschutz ist in jenen Zweigen der Industrie erforderlich, in welchen giftige Stoffe im Erzeugungsprozeß verwendet werden. Dazu gehören vor allem die Keramik- und Glasindustrie sowie die Phosphorverarbeitung. Die Arbeiter dieser Industrien sind aber nicht nur Vergiftungen ausgesetzt, sondern auch sonst gesundheitlich gefährdet, weshalb ihre Erkrankungs- und Sterblichkeitshäufigkeit vor der Zeit des modernen Arbeiterschutzes sehr groß war. Doch sind durch die bisherige Schutzmaßnahme noch nicht alle Gefahren beseitigt worden, und es gilt, weiterhin helfend einzugreifen. Um dies tun zu können, müssen sowohl die Gesetzgeber wie die mit der Durchführung der Gesetze befaßten Verwaltungsbeamten mit den Arbeitsverrichtungen, ihren Gefahren und den Mitteln zu ihrer Abwendung vertraut sein. Der Vermittlung solcher Kenntnis hinsichtlich der genannten Industrien dient die 30. Lieferung von „Wegs Handbuch der Hygiene“, die eben in zweiter Auflage er-

schien*). Der Verfasser, Dr. Bernhard Schreiber, unterrichtet ausführlich über die Entwicklung der einzelnen Industriezweige, über die derzeitigen Herstellungsverfahren, die Berufskrankheiten, die dagegen angewendeten Maßnahmen und über die Vorschriften zur Unfallverhütung. Jedem Abschnitt ist ein Verzeichnis der wichtigsten den Gegenstand betreffenden Literatur beigegeben.

Auf Grund der Darlegungen Dr. Schreibers sollen hier einige Angaben über die hygienischen Zustände der Keramik-, Glas- und Phosphorarbeiter gemacht werden.

Die Arbeiter in Ziegeleien sind körperlich sehr angestrengt und besonders Erkältungskrankheiten ausgesetzt. Sonst sind die aus dem Arbeitsprozeß sich ergebenden Gesundheitsgefahren geringer als in anderen Arten von Betrieben der Keramikindustrie. Die Staubkrankheiten treten in Ziegeleien im allgemeinen zurück, nur die Aus- und Einfahrer in die Brennöfen haben oftmals darunter zu leiden. Um die mit dem Herauschießen der gebrannten Ziegel aus den heißen Kammern beschäftigten Arbeiter nicht allzulange dem Staube und dem großen Temperaturwechsel auszusetzen, ist es in manchen großen Ringofenziegeleien üblich, daß zwei Mann nur vormittags im auf 40—50 Grad abgekühlten Dienraum die gebrannten Ziegel aufladen und sie bis in einen geschlossenen Vorbau fahren, wo zwei andere Arbeiter die Wagen übernehmen und sie ins Freie befördern. Am Nachmittag wechseln die Arbeiter um. In vielen Großbetrieben sind Exhaustoranlagen geschaffen, welche die warme Luft aus den Kammern absaugen und frische Luft zuführen. Für die rechtzeitige Entlüftung und Abführung der zu entleerenden Ringofenkammern muß stets georgt werden, da durch die Einatmung der heißen und staubigen Luft dieser Kammern die Atmungsorgane der Arbeiter gereizt und mit Blut überfüllt werden, womit dem Auftreten von Tuberkulose Vorschub geleistet wird. Infolge schlechter Wasserversorgung tritt in Ziegeleien manchmal Wurmkrankheit (Anthelminthiasis) auf; gesetzliche Vorschriften über ihre Verhütung bestehen nicht. Die Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Personen in Ziegeleien ist durch eine Bekanntmachung des Reichsanzalters vom 8. Dezember 1913 geregelt.

In der Erzeugung gewöhnlicher Töpferwaren wird das Kneten des Toncs teilweise noch mit den Händen vorgenommen. Es ist mehrfach beobachtet worden, daß infolge dieser schweren Arbeit Lungenerweiterung entsteht, die fast stets auch Herzbeschwerden nach sich zieht. Die austrocknende Eigenschaft des Toncs hat zur Folge, daß die Haut der Hände der mit der Tonmasse hantierenden Arbeiter leicht brüchig wird, wodurch Erkältungen begünstigt werden. Die gebeugte Haltung beim Arbeiten an der Drehscheibe fördert das Auftreten von Lungentuberkulose sowie Störungen der Blutzirkulation und der Verdauung. In Kleinbetrieben wird durch das Trocknen der Ware in den Arbeitsräumen übermäßige Luftfeuchtigkeit erzeugt; ist dann der Arbeiter gezwungen, den feuchtheißen Arbeitsraum plötzlich zu verlassen, so setzt er sich Erkältungen aus. Ein überdurchschnittlich häufiges Auftreten der Tuberkulose konnte Dr. Schreiber unter Töpferarbeitern nicht beobachten. Die Erfahrungen

*) Bd. VII, 5. Abteilung: Dr. Bernhard Schreiber, Hygiene der keramischen Industrie. — Hygiene der Glasarbeiter und Spiegelbeleger. — Hygiene der Phosphor- und Zündwarenarbeiter. 204 Seiten, mit 84 Abbildungen. Leipzig 1913, F. A. Barth.

eine große Sterblichkeit verursacht, so ist nach Dr. Schrebers Auffassung daran weniger der Einfluß des Glasstaubes schuld als die ungünstigen Verhältnisse des Gewerbes im allgemeinen, das in bedeutendem Umfange hausindustriell betrieben wird. Durch die arge Hitze in den Glasindustriebetrieben geht viel Körperflüssigkeit verloren, wodurch quälender Durst hervorgerufen wird. Um diesen zu stillen, werden große Mengen kaltes Wasser oder Bier getrunken, wodurch Magen- und Darmkatarrhe entstehen. Die schlechten Zähne der Glasbläuer, die auch eine Folge der Arbeitsleistung sind, tragen mit bei zum Auftreten der eben genannten Krankheiten. Unter Bleivergiftungen haben die Glasbläuer und anderen Arbeiter zu leiden, die mit Blei zu tun haben.

Der Arbeiterschutz muß auch in der Glasindustrie auf die Verhütung der Staubentwicklung gerichtet sein. Die Glasöfen sollen so eingerichtet sein, daß Kohlenoxyd- und Wasserdampf, wie auch Arsen- und andere Gase nicht aus ihnen entweichen, sondern nur durch den Schornstein abziehen können. Zum Schutze gegen die ausstrahlende Wärme der Öfen sind allgemeine Ventilationseinrichtungen mit Zuführung von komprimierter Luft in vielen Glas- hütten angebracht worden; sie sollten überall eingeführt werden. Die Arbeitslöcher der Öfen sind oftmals mit Asbestvorhängen versehen, die durch eine bewegliche, hebelartig wirkende Bohle, auf welche der Glasmacher tritt, beiseite geschoben werden, so daß während der Zeit, in der der Arbeiter am Ofen nicht direkt zu tun hat, die Wärmestrahlen durch den Asbestvorhang abgehalten werden. Zum Schutze der Glasbläuer gegen Lebertragung ansteckender Krankheiten durch die Pflaue ist vorgeschlagen worden, besonders leicht aufsteckbare Pfeifenanzüge zu verwenden. Schreiber konnte jedoch feststellen, daß sich solche Pfeifenanzüge nirgends einbürgern können. Ebenso konnten sich maschinelle Blasvorrichtungen in Deutschland nirgends Eingang verschaffen; eine Ausnahme bildet nur die Owenische Flaschenmaschine. Um das Entstehen von Star durch die Einwirkung der ultravioletten Strahlen der glühenden Glas- masse auf die Linse des Auges möglichst zu verhüten, wird das Tragen von Brillen mit bestimmten Glä- sern empfohlen, welche die schädlichen Strahlen ab- sorbieren. Freilich tragen die Arbeiter Schutzbrillen ungern, da sie leicht durch den Schweiß beschlagen werden und dann hinderlich wirken. Deshalb sind wohl die manchmal an den Ofenlöchern angebrachten blauen Glas tafeln zweckdienlicher, die sowohl das Auge schonen wie auch Hitze abhalten. Gegen das Auftreten von Ekzemen an den Händen empfiehlt sich öfteres Einfetten der Haut während der Arbeit. Durchaus erforderlich ist es, die Arbeiter durch Wort und Bild über die Verhütung von Hohlhandeiterungen, Sehnencheidenentzündungen usw. zu unter- richten.

Eine Bekanntmachung über die Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Personen in der Glasindustrie wurde unterm 2. März 1902 erlassen. Am Februar 1909 ersuchte der Reichstag die ver- bundenen Regierungen um Erlaß einer Verordnung über den Arbeiterschutz in Glashütten im allge- meinen, doch kam die Verordnung wegen des Wider- standes der Industriellen nicht zustande.

In den Spiegelbelagen haben sich die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter bedeutend ge- bessert, seitdem die Verwendung des Quecksilbers zur Herstellung von Spiegeln gegenüber dem Silber-

belag in den Hintergrund getreten ist. In Deutsch- land werden Quecksilber Spiegel jetzt überhaupt nicht mehr erzeugt und damit hat auch die Quecksilberver- giftung bei Spiegelbelagern aufgehört. Bei der Sil- ber Spiegelherstellung sind auf die Arbeitsverrichtung zurückzuführende Gesundheitschädigungen der Ar- beiter nicht beobachtet worden. Zwar kann dort, wo die Silberlösung in die Verdauungsorgane gelangt, Silbervergiftung entstehen, doch wurde sie bis nun nur bei der Erzeugung silberglänzender Hohlperlen festgestellt, da hierbei das Einziehen der Silberlösung mit dem Munde erfolgt.

Durch das am 1. Januar 1907 in Kraft ge- tretene Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Ründhölzchenherzeugung ist eine furchtbare Krankheit, die Phosphornekrose, so gut wie vollständig beseitigt worden. Die Phosphor- gewinnung wird in Deutschland nur von einer Unternehmung betrieben, die keine Erkrankungen an Phosphornekrose meldet.

Phosphorvergiftungen können noch bei der Er- zeugung von Phosphorpillen zur Ratten- und Mäuse- vertilgung vorkommen, doch wurden dabei nur leichte Vergiftungserscheinungen beobachtet. Das Weiß- phosphorverbot erstreckt sich nicht auf die Erzeugung von Ründbändern für die Grubenlampen in Berg- werken; doch sind für die Betriebe, die solche Ründ- bänder herstellen, so strenge Vorschriften erlassen worden, daß Phosphorvergiftung nicht leicht statt- finden kann. Beim Transport und beim Sortieren mit Ferroillizium, das geringe Mengen Phosphor- kalzium enthält, sind die Arbeiter der Vergiftung durch den sich bildenden Phosphorwasserstoff aus- gesetzt.

Mitteilungen.

Arbeitersekretär für Dortmund gesucht.

Beim Arbeitersekretariat in Dortmund soll bald- möglichst ein weiterer Sekretär eingestellt werden. Kenntnisse im Knappschaftswesen erwünscht, aber nicht Bedingung. Bewerbungen sind bis zum 5. Fe- bruar an das Arbeitersekretariat in Dort- mund, Leibnizstr. 20, einzureichen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Als Mitglieder haben sich gemeldet:

- Berlin: Schrage, Karl, Gewerkschaftsange- stellter.
 Dresden: Leibniz, Friedr. Emil, Gewerk- schaftsangestellter.
 " Marquart, Hans, Gewerkschafts- angestellter.
 " Meyner, Paul Emil, Gewerk- schaftsangestellter.
 " Rinke, Paul, Arbeitersekretär.
 Duisburg: Palm, Wilhelm, Gewerkschafts- angestellter.
 Hamburg: Bartels, Wolfgang, Redakteur.
 " Henke, Nora, Kontorangestellte.
 " Corti, Jos. Alex, Gewerkschafts- angestellter.
 Hannover: Mahnkopf, Heinrich, Gewerk- schaftsangestellter.
 Magdeburg: Bernicke, Heinrich, Gewerkschafts- angestellter.
 Meissen: Krauß, Balthasar, Krankenkassen- angestellter.
 Reiz: Düvell, Bernhard, Redakteur.